

KAS-Policy Paper

Salafistisch-dschihadistische Netzwerke und Milieus als Herausforderung für die Innere Sicherheit in Deutschland und Europa

Dr. Kristina Eichhorst

Hintergrund

Gemeinsam mit dem Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI) veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. Februar in Berlin die Fachkonferenz „Entstehung von islamistischem Terrorismus: Die Rolle rechtsfreier Räume und Parallelgesellschaften“. Eingeladen waren Vertreter der Sicherheitsbehörden, von Think Tanks und aus der Wissenschaft, um das Zusammenwirken islamistischer Radikalisierung, salafistisch-dschihadistischer Milieus und terroristischer Bedrohungen mit einem Fachpublikum zu diskutieren sowie Handlungsempfehlungen zu entwickeln.¹

Von besonderem Interesse für die deutsche Perspektive war hierbei die Debatte, die sich auf Europa fokussierte. Hier diskutierten Professor Dr. Peter Neumann, OSZE-Sondergesandter zur Bekämpfung der Radikalisierung und Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation am King's College London, mit Saad Amrani, Polizeichef von Ixelles/Brüssel, und Dr. Marwan Abou-Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Der Veranstaltungsbericht führt die zentralen Aspekte dieser Diskussion zusammen. Er benennt die Faktoren, die als zentral für die Bildung salafistisch-dschihadistischer Netzwerke und Milieus identifiziert wurden, und erläutert ausgewählte Handlungsempfehlungen. Es handelt sich dabei um keine abschließende Aufzählung, sondern um wesentliche Aspekte, die berücksichtigt werden sollten, möchte man der Herausforderung durch salafistisch-dschihadistische Netzwerke in Europa Herr werden.

Problemstellung

In den vergangenen drei Jahren ist Europa von zahlreichen terroristischen Anschlägen erschüttert worden – Paris, Brüssel, Nizza und Berlin sind hierbei nur einige der Städte, die getroffen wurden. Die Ermittlungen zu diesen Anschlägen haben gezeigt, dass sich die jeweiligen Attentäter bei der Vorbereitung und Durchführung der Anschläge wesentlich auf salafistisch-dschihadistische Netzwerke in islamistisch geprägten Milieus stützen konnten. Auch fanden sie hier vor und nach den Anschlägen Rückzugsräume, die sie (zunächst) vor dem Zugriff der Sicherheitsbehörden bewahrten. Die Ermittlungsergebnisse unterstrichen damit die Bedeutung dieser Netzwerke und der sie unterstützenden Milieus für diese Akteure. Die hohe Solidarität, die ihnen hier mitunter entgegengebracht wird, und die zugleich geringe Loyalität und Affinität zu staatlichen Institutionen machen diese Milieus zu einer zentralen Herausforderung im Vorgehen gegen den islamistischen Terrorismus.

Analysiert man die Entstehungsprozesse der Milieus und Netzwerke, wird deutlich, dass sie – nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich – durch vier Aspekte begünstigt wurden bzw. werden: staatliche, individuelle, ideologische und gesellschaftliche Wirkfaktoren. Jeder dieser Faktoren verlangt nach spezifischen Strategien und Instrumenten, um ihnen möglichst effektiv entgegenzuwirken.

Zusammenwirken staatlicher Akteure

Das Beispiel Belgien zeigt, dass ein Mangel an konzeptionell durchdachten Strategien sowie kohärent und konsequent implementierten Integrationsmaßnahmen die Entstehung islamistischer Milieus stark begünstigte. Drei zentrale Aspekte werden hier deutlich:

1. Die offene Gesellschaft regelt nicht automatisch – im Sinne eines „freien Marktes“ – die Integration von Einwanderern (Amrani). Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: Parallelgesellschaftliche Strukturen entstehen

¹ Ein Videomitschnitt der Veranstaltung bzw. der einzelnen Panels ist unter folgendem Link zu finden: <http://www.kas.de/wf/de/33.47895/>.

nicht zuletzt aus einer ungesteuerten soziologischen Eigendynamik heraus.² Diese Strukturen können (sic!) einen Raum für islamistische Milieus bieten – mit den oben skizzierten Auswirkungen. Aus diesem Grund ist Belgien mit seiner bislang dominierenden Laissez faire-Haltung, die die Ansiedlung von Zuwanderern lange dem Zufallsprinzip überließ, auf diesem Politikfeld gescheitert.

Damit stehen die Integrationspolitik im Allgemeinen und das Verwaltungshandeln im Besonderen vor der Herausforderung, aktiv und strategisch durchdacht dieser soziologischen Dynamik entgegensteuern zu müssen. Kohärente strategische Konzepte sollten einer ethnischen, sprachlichen und kulturellen Segregation entgegenwirken. Dies gilt u.a. für die Unterbringung von Flüchtlingen, v.a. aber auch für den Bereich des städtischen und sozialen Wohnungsbaus, bspw. durch klare Vorgaben bezüglich des Anteils von Sozialwohnungen auch in höherpreisigen Neubauprojekten.

2. Integrationspolitische Maßnahmen greifen nur dann, wenn sie konsequent und kohärent umgesetzt werden. So ist bspw. die obligatorische Teilnahme an Kursen zur Sprach- und Wertevermittlung nur dann wirkungsvoll, wenn sie in allen Kommunen gleichermaßen gilt und es nicht möglich ist, sich ihr durch den Umzug in eine andere Kommune zu entziehen. Das Kohärenzgebot bezieht sich auf alle Bereiche der Integrations- und auch Sozialpolitik, genauso wie auf den Bereich der Kriminalitätsprävention und Strafverfolgung. Andernfalls werden integrationspolitische Probleme nicht gelöst, sondern nur räumlich verlagert.

Daher sollten sich die einzelnen Verwaltungseinheiten intensiv horizontal sowie vertikal miteinander abstimmen. Gleiches gilt auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, insbesondere – aufgrund der Personenfreizügigkeit – im Bereich des Schengen-Raumes. Damit ist letztlich eine gesamteuropäische Strategie sowohl in der Integrationspolitik als auch der Terrorismusabwehr erforderlich (Amrani).³

3. Nicht nur eine Laissez faire-Politik, sondern auch aktives Engagement kann in der Integrationspolitik zweifelhafte Auswirkungen haben. So wurden nicht nur in Belgien, sondern z.T. auch in Deutschland im Wesentlichen muslimische Verbände und deren Autoritäten als Ansprechpartner für den Austausch gesucht. Dies allerdings impliziert, dass man die nominell muslimischen Bürger und Migranten religiös definiert. Daraus können eine Aufwertung der muslimischen Autoritäten und eine Stärkung des religiösen Diskurses folgen. Es droht das genaue Gegenteil dessen einzutreten, was erreicht werden soll.

Politik und Administration sollten daher Vorsicht walten lassen bei der Wahl ihrer Ansprechpartner. Gerade ultrakonservative islamische Autoritäten, die dazu noch aus dem Ausland finanziert werden, dürfen nicht durch den Staat aufgewertet werden, indem sie als Repräsentanten „der“ Muslime anerkannt werden (Abou-Taam). Allerdings bieten sich aufgrund des geringen Organisationsgrads von Migranten in Deutschland kaum Alternativen. Deshalb erscheint zweierlei notwendig: Die Politik sollte gezielt liberale Vertreter innerhalb der muslimischen Gemeinden identifizieren und ihre Position durch den direkten Dialog (weiter) stärken. Zugleich gilt für diejenigen Bürger mit Migrationshintergrund, die sich eine nicht-religiös definierte Ansprache wünschen, dass sie sich selbst aktiv einbringen und organisieren müssen, um dem skizzierten Problem entgegenzuwirken.

Der Einfluss sogenannter „charismatischer Anführer“

Die heute zu beobachtenden salafistisch-dschihadistischen Netzwerke lassen sich in ihrer Entstehung z.T. bis in die 1980er Jahre zurückverfolgen. Keimzelle war Großbritannien, von wo aus sie sich mit ihren Aktivitäten in den folgenden Jahrzehnten auf andere europäische Länder ausbreiteten. Diese Netzwerke wirkten nicht nur in den jeweiligen Ländern, in denen sie sich etablierten, sondern dienten seit 2012 auch als Basis für die Ausreisen der sog. Foreign Fighters, die nach Syrien und in den Irak gingen, um sich dort dem sog. Islamischen Staat (IS) oder anderen dschihadistischen Organisationen anzuschließen.

² So zieht es – verständlicherweise – Einwanderer häufig in die Nähe der ihnen kulturell nahestehenden Gemeinschaften. Diese bieten ein bekanntes Umfeld und ggf. Gruppensolidarität, erleichtern auf diese Weise das Ankommen und haben damit häufig auch eine hilfreiche Wirkung. Aus diesem Grund besteht in der wissenschaftlichen Debatte keine Einigkeit darüber, ob Parallelgesellschaften „gut“ oder „schlecht“ sind, geschweige denn darüber, was ihre wissenschaftlichen Definitionsmerkmale sind. Auf diese Debatte soll hier jedoch nicht weiter eingegangen werden.

³ Welche Schwierigkeiten sich allerdings hier ergeben können, zeigt die deutsche Debatte über die Höhe der Sozialleistungen für Flüchtlinge. Diese muss nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts den deutschen HartzIV-Leistungen entsprechen – ein Niveau, dem sich andere europäische Länder nicht anpassen können bzw. wollen.

Am Beispiel Großbritanniens zeigt sich hierbei deutlich, wie einflussreich dabei eine sehr kleine Zahl von sog. charismatischen Anführern war: Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um vier islamistische Prediger, die die salafistisch-dschihadistische Szene dominierten und die Herausbildung von „Londonistan“ (Neumann) prägten. Autorität und Einfluss zogen bzw. ziehen diese Personen nicht aus theologischem Fachwissen, sondern aus ihrer „charismatischen“ (wahlweise kumpelhaften, väterlichen, eloquenten, sympathischen o.ä.) Persönlichkeit, die im direkten Kontakt mit ihren Anhängern offenkundig eine starke Anziehungskraft entfaltet(e).

Die Rolle und Bedeutung dieser charismatischen Anführer unterstreicht, dass es im Rahmen einer effektiven Antiterror-Strategie auf operativer Ebene zentral ist, wichtige Schlüsselfiguren frühzeitig zu identifizieren und sich auf sie in besonderer Weise zu fokussieren. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf strafrechtliche Ermittlungen, die deshalb herausfordernd sind, weil sich diese Personen häufig in einem strafrechtlichen Graubereich zu bewegen wissen. Das Beispiel des britischen Islamisten und „charismatischen Anführers“ Anjem Choudary aber zeigt die Wirksamkeit dieser Bemühungen: Insbesondere wurde hier auch deutlich, dass die häufig befürchtete Heroisierung durch Inhaftierung keineswegs zwangsläufig eintreten muss (Neumann). Vielmehr können diese Personen in Haft auch in Vergessenheit geraten und so ihre wirkmächtige Bedeutung für das dann vorerst kopflose Netzwerk verlieren. Gerade wegen der zentralen Bedeutung des individuellen Charismas ist es für die betroffenen Gruppen nicht einfach, zeitnah angemessenen Ersatz zu finden und damit eine reibungslose Nachfolge zu garantieren. Mit gezielten Inhaftierungen von Schlüsselfiguren können daher deren Netzwerke signifikant geschwächt werden.

Die Wirkung der Ideologie

Analysen von Persönlichkeitsprofilen zeigen, dass sowohl hochqualifizierte Akademiker als auch sozial benachteiligte Personen zu Dschihadisten werden können. Gleiches gilt für nordafrikanische Muslime genauso wie für deutsche Konvertiten – ein einheitliches Profil ist nicht auszumachen. Gemeinsam ist ihnen einzig die Verbindung zu oder Verankerung in islamistischen Milieus und allen voran ein gemeinsames ideologisches Selbstverständnis. Daher sollten ideologische Faktoren besonders in den Fokus genommen werden. Verschiedene Aspekte haben sich hier in den vergangenen Jahren herausgebildet, die zu einer verstärkten Abgrenzung der Milieus führen und deshalb eine zentrale Herausforderung für die offenen Gesellschaften des Westens darstellen:

1. Der Einfluss externer Akteure in Europa - in Belgien v.a. der Saudi-Arabiens – hat dazu geführt, dass ein ursprünglich moderater Islam marokkanischer Prägung durch eine fundamentalistisch-wahhabistische und heute v.a. salafistisch-dschihadistische Auslegung ersetzt wurde. Im Ergebnis wurde die Religion ideologisiert und die mentale „Software“ vieler Muslime und Konvertiten mit radikalen Werten infiziert (Amrani). Propagiert wird seither, dass man sich von allen Ungläubigen – Juden, Christen, aber auch moderaten Muslimen – abgrenzen müsse. Dieses Ziel einer geschlossenen Gesellschaft verstärkt das Abdriften dieser Bevölkerungsgruppen vom übrigen sozialen Gefüge und verstärkt damit die Milieubildung. Es müssen daher Antworten auf die Frage gefunden werden, wie einem radikalisierenden Einfluss externer Akteure auf die europäische Islam-Interpretation entgegengewirkt werden kann. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung radikaler Gruppen, denn „wer himmlische Wahrheiten verkauft, hat irdische Kosten“ (Abou-Taam).
2. Mit dem Slogan „Wir sind die wahren Muslime“ bemüht die salafistisch-dschihadistische Ideologie die religiöse anstelle einer nationalen Identität als Marokkaner, Syrer etc.. Sie überbrückt so ethnische Konfliktlinien, löst damit Identitätskonflikte, die v.a. bei jungen Muslimen der dritten Einwanderergeneration zu beobachten sind, und konstruiert auf diese Weise eine starke Gruppenidentifikation – die „aller Muslime“. Ein großer Teil der Verantwortung für eine gelungene Integration und Radikalisierungsprävention liegt daher bei muslimischen Gemeinschaften sowie bei den Erziehungsberechtigten. Von zentraler Bedeutung ist hierbei ein allgemeines Bewusstsein dafür, dass es der Integration und mithin auch den Zukunftsperspektiven von Kindern abträglich ist, eine abgeschottete kulturelle Identität zum Erziehungsideal zu erklären – v.a. dann, wenn diese in Widerspruch zur offenen Gesellschaft steht (Abou-Taam).
3. Die salafistische Ideologie bietet ein Rechtfertigungsnarrativ, das darauf basiert, dass Benachteiligung, Ablehnung und Islamophobie tatsächlich erlebt werden. Gleiches gilt allerdings auch für andere Bevölkerungsgruppen, die Ablehnung erfahren, ohne deshalb zur Gewalt zu greifen. Daher scheint der Salafismus mitunter eine schlichte Rechtfertigung für den Radikalismus von Menschen zu bieten, die ohnehin längst mit der Gesellschaft gebrochen haben.

Dessen ungeachtet lässt sich aber dennoch feststellen, dass gerade in Deutschland noch ein Nachholbedarf dabei besteht, sich selbst als Einwanderungsland zu begreifen. In diesem Kontext werden Jugendliche mit Migrationshintergrund i.d.R. als Problem und selten positiv definiert. Dies zu ändern und ihnen in der öffentlichen Debatte ein Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln um Entfremdungs- oder Abschottungstendenzen entgegenzuwirken, ist deshalb auch Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, insbesondere der Politik, der Medien und zivilgesellschaftlicher Akteure. Wer Akzeptanz erlebt, wird sich weniger leicht zum Hass gegen den Staat, in dem er lebt, aufstacheln lassen (Abou-Taam).

4. Mit dem Auftreten des IS wandelte sich das ursprüngliche Opfernarrativ von al-Qaida in ein Siegenarrativ: Vergleichbar dem nationalsozialistischen Bild vom arischen Herrenmenschen propagiert der IS nun das Bild des „wahren Moslems“, der allen „Ungläubigen“ überlegen sei. In Teilen beruht diese Propaganda auf Elementen, die tatsächlich im Islam angelegt sind und mögliche Interpretationsformen darstellen. Die religiösen Gemeinden sind hier diejenigen, die über die notwendige Autorität verfügen, ihre eigene Religion auf eine Art und Weise zu interpretieren, die mit den Werten, Rechten und Pflichten des Grundgesetzes übereinstimmt. In diesem Zusammenhang sollten die im Islam angelegten problematischen Elemente benannt und in Kooperation mit muslimischen Geistlichen überwunden werden (Abou-Taam).
5. Einen erstaunlichen Widerspruch hält die salafistisch-dschihadistische Ideologie dahingehend aus, dass sie in ihrer Lehre archaisch-konservativ und antiautoritär-revolutionär zugleich ist. Mit diesem Paradoxon schafft sie es, insbesondere junge Menschen im „revolutionären Alter“ anzusprechen, die in einer grenzenlosen und damit stark verunsichernden Welt Sinn und Orientierung suchen. Die salafistischen Deutungsangebote versprechen mit ihren klaren Verhaltensregeln Sicherheit bei gleichzeitigem revolutionärem Flair. Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Politik, aber auch der Schulen und der zivilgesellschaftlichen Akteure im Bereich der politischen Bildung, Strategien zu entwickeln, um Menschen „ambiguitätstolerant“ zu machen. Es gilt sie dazu zu befähigen, die häufig auch moralischen Widersprüche in unseren offenen Gesellschaften und der komplexen Welt auszuhalten, ohne aus dieser ausbrechen zu wollen (Abou-Taam).

Gesellschaftliche Narrative

Je bunter die Gesellschaft, desto eindeutiger müssen die Verfahrensregeln sein, damit das friedliche Zusammenleben in Europa funktioniert (Abou-Taam). Die offenen, europäischen Gesellschaften aber scheuen vielfach davor zurück vorzuschreiben, was richtig und was falsch ist, weil sie dies per se als „nicht-offen“, sondern als diskriminierend verstehen. Bleiben sie aber im Abstrakten und vermeiden es, die europäischen Werte als verbindliches Konzept für ein friedliches Zusammenleben zu definieren und ihre Einhaltung auch konsequent einzufordern, berauben sie sich selbst ihres wichtigsten und sie im Kern definierenden Fundaments. Die Mehrheitsgesellschaft nimmt damit nicht nur den hier ankommenden Migranten, sondern auch sich selbst den zentralen Kompass, um sich in einer komplexen und unübersichtlichen Welt zurechtzufinden, in der alles möglich ist, aber nicht alles erlaubt sein sollte.

Es bedarf deshalb einer ganz grundsätzlichen Werte- und Identitätsdebatte, an deren Ende ein verbindlicher Wertekanon als identitätsstiftendes, verbindliches und v.a. verpflichtendes Leitbild stehen sollte. Der freiheitliche Aspekt der europäischen Gesellschaften muss dabei stärker als Chance denn als Bedrohung herausgestrichen werden. Auch in diesem Kontext gilt es, hierbei – gerade bei Jugendlichen – die bereits oben beschriebene Ambiguitätstoleranz zu schaffen, damit sie sich nicht von der offenen Gesellschaft überfordert fühlen und für extremistische, Eindeutigkeit versprechende Sinnangebote anfällig werden.

Dies gilt auch deshalb, weil ein Radikalismus selten allein kommt: Bereits jetzt wird deutlich, dass auch an den links,- v.a. aber rechtsextremen Rändern der Gesellschaft neue Dynamiken entstehen, die ebenfalls zu einer zentralen Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens werden können. Allen extremistischen Ideologien ein starkes, genuin westliches Narrativ entgegenzusetzen ist damit von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften. Die Erzählung von Freiheit, Frieden, Würde des Menschen und Chancengleichheit wird aber nur dann glaubwürdig, wenn diese Werte auch konsequent eingehalten und eingefordert werden.

Fazit: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wie eingangs bereits erläutert, stellen die genannten Wirkfaktoren und die ihnen zugeschriebenen Handlungsempfehlungen keine abschließende Aufzählung dar, benennen aber wesentliche Aspekte, die im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus berücksichtigt werden sollten.

Darüber hinaus sind diese Handlungsempfehlungen als ein Beitrag zu einer Debatte zu verstehen, die weiterhin intensiv geführt werden sollte – denn wenn gesellschaftliche Probleme nicht von der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden, drohen sie von den Rändern vereinnahmt zu werden. Deren Antworten sind meistens radikal (Abou-Taam). Es ist daher im Interesse aller, sich intensiv mit den oben skizzierten Herausforderungen auseinanderzusetzen. Die dargelegten Handlungsempfehlungen zeigen zugleich, wie komplex diese Herausforderungen sind. Zahlreiche Politikfelder sind betroffen, aber auch nichtstaatliche Bereiche des zivilgesellschaftlichen, religiösen und privaten Lebens. Es handelt sich damit im wahrsten Wortsinn um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Dr. Kristina Eichhorst ist Koordinatorin für Terrorismusabwehr und Konfliktmanagement bei der Konrad-Adenauer-Stiftung